

Jahr hinnehmen. So gebe es beispielsweise 3 Mio. t Verluste bei Zement wegen unzulänglicher Verpackung und unsachgemäßer Behandlung beim Transport. Doch die schlechte Verpackung drückte die Preise. Um die Mängel zu beheben, sollen nach Angaben des stellvertretenden Premierministers moderne ausländische Technologien und Verpackungsausrüstungen sowie Verwaltungswissen importiert werden. (XNA, 8.12.83)
-lou-

TAIWAN

*(40)

Reiskrieg mit den USA

In den Handelsbeziehungen zwischen Taiwan und den USA tauchte nach den US-Importbeschränkungen für Textilien, Schuhe, Fernseher und Phonogeräte aus Taiwan seit kurzem noch ein Reisproblem auf. Die USA führten zwar keinen Reis aus Taiwan ein, warfen aber Taiwan Reisexporte mit Dumpingpreisen nach anderen Staaten vor und beklagten sich, daß die US-Reisexporte dadurch stark beeinträchtigt würden.

Noch Anfang der siebziger Jahre hat die Regierung in Taiwan, um die Kosten der Grundlebensmittel für die städtischen Einwohner, zumal die Millionen Staatsdiener, niedrig zu halten, durch ihre Markteinmischung kraft der Reisreserven der öffentlichen Hand die Reispreise niedrig gehalten. Wegen der mangelnden Rentabilität des Reisanbaus und wegen der Landflucht infolge der schnellen Entwicklung der Industrie wurden viele Äcker nicht mehr bestellt. So hatte es seinerzeit eine Reiskrise auf der Insel gegeben. Der öffentliche Reisreserveberg nahm ständig ab. Nicht nur die Preise galoppierten, sondern es wurde auch die Sicherheit für den von der Regierung immer im Auge behaltenen hypothetischen Kriegsfall infolge der unzureichenden Mindestreisreserven (Verbrauch von drei Monaten) gefährdet. Daher wurde Mitte der siebziger Jahre ein Garantipreis für Reis durch die Regierung eingeführt, um damit den Reisanbau wieder attraktiver zu machen. Seither stieg die Reisproduktion jährlich oder stabilisierte sich zumindest.

Auf der anderen Seite ist der Reisverbrauch infolge des steigenden Lebensstandards ständig gesunken. Die Bevölkerung hat mehr Fleisch und Weizenmehl konsumiert. Auch aus politischen Überlegungen, d.h., um den bilateralen Warenaustausch mit den USA auszugleichen, hat die Insel jedes Jahr große Mengen von US-Weizen und anderen Getreidesorten (rund 6 Mio t) eingeführt. So hat sich das Reis-

problem von der einen Seite zur anderen gewendet, d.h. statt zuwenig ist zuviel da.

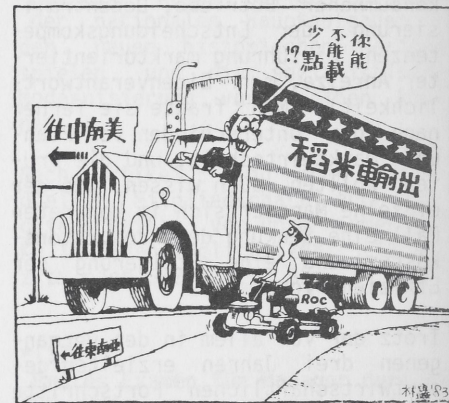
Um den Reisberg abzubauen, exportierte Taiwan immer mehr Reis ins Ausland, hauptsächlich nach Indonesien. Da die Exportpreise für Reis aus Taiwan infolge der staatlichen Zuschüsse sowohl unter den Weltmarktpreisen als auch unter den Produktionskosten liegen, fühlen sich die US-Unternehmen in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt benachteiligt. Zum Vorwurf der Dumpingpreise hat Taiwan zwar das Argument vorgebracht, daß es sich bei seinen Ausfuhren nur um alten Reis handele, doch wurde nach Berichten in der Presse zugegeben, daß die Regierung für jede Tonne Exportreis einen Verlust von 500 US-Dollar hinnehmen müsse.

Bei der ersten Verhandlung im letzten September in Washington verlangte die US-Seite von Taiwan, daß es seinen Reisexport jährlich auf 50.000 t einschränken solle. Dagegen wollte sich Taiwan nur soweit beschränken, daß es für das Jahr 1983 nicht über 550.000 t ausführen werde. Ab 1984 soll diese Quote jährlich noch entsprechend erhöht werden. Da die Meinungsverschiedenheiten zu groß waren, wurde am 12. Dezember 1983 in Taipei zum zweiten Mal über das Thema verhandelt. Die Amerikaner boten als Konzession an, in den kommenden fünf Jahren einen jährlichen Reisexport Taiwans auf den Weltmarkt bis zu 120.000 t zu dulden. Da auch dies zu weit von den Vorstellungen Taiwans entfernt war, platzten die Gespräche bereits am zweiten Tag, ohne daß ein Termin für die nächste Runde vereinbart wurde.

Die Einwendungen der USA gegen den Reisexport aus Taiwan stießen auf der Insel auf viel Unverständnis. Denn, so hieß es, die Amerikaner exportierten ihren Reis hauptsächlich nach Lateinamerika, während Taiwan seinen Reismarkt in Südostasien hat. In Taiwan wurde die Forderung erhoben, die Weizenimporte aus den USA zu drosseln, wenn die US-Unternehmen weiterhin versuchten, Taiwan zu einer Einschränkung seiner Reisexporte zu zwingen. Die Reisexporteure der USA errechneten sich einen Einnahmeverlust von 200 Mio US\$ infolge der Reisexporte Taiwans in Höhe von 550.000 t Reis zu Dumpingpreisen in 1983. Daher drohten sie Taiwan damit, die Zollvergünstigung der USA für einen Teil der Importwaren aus Taiwan in Höhe von 3 Mrd US\$ jährlich durch den Kongreß streichen zu lassen (LHB, 10. und 14.12.1983).

Die USA sind der größte Handelspartner Taiwans, und Taiwan hat

sich 1983 auf den sechsten Platz unter allen Handelspartnern der USA hochgearbeitet (nur hinter Kanada, Japan, Mexiko, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien). Über 40% der Exportwaren Taiwans sind vom US-Markt abhängig. Dazu hat Taiwan im Außenhandel mit den USA seit 1968 ununterbrochen einen Exportüberschuß. In der Bilanz von 1983 wird eine Rekordhöhe der Aktiva Taiwans von rund 6,5 Mrd erwartet. Eine Ausdehnung des Streits um den Reisexport zu einem Handelskrieg mit den USA kann sich Taiwan kaum leisten. Man überlegt, ob man den überschüssigen teuren Reis nicht teilweise als Futter verwenden soll, anstatt ihn zum großen Teil zu exportieren. Es wird auch geplant, den Bauern einen Anreiz für den Anbau anderer Getreidesorten zu geben. Früher, als der Reis noch knapp war, hatte die Regierung an die Bevölkerung appelliert, mehr Bananen- und Weizenmehl zu konsumieren. Eine neue Propaganda zum Verzehr von mehr Reis, also für eine Rückkehr zu den alten Eßgewohnheiten, dürfte noch schwerer zu einem Erfolg führen.



(畫森林)

? 判談等對

Gleichberechtigte Verhandlungen? (Der Amerikaner in dem mit Reis beladenen LKW in Richtung Lateinamerika fragt den Traktorfahrer aus Taiwan in Richtung Südostasien: "Kannst du nicht weniger Reis aufladen?" --LHB, 10.12.1983)

*(41)

Den Haag stoppte Lieferung von weiteren U-Booten an Taiwan

Nachdem die niederländische Regierung den Vertrag zwischen Taiwan und der Rotterdamer Firma Wilton-Fijenoord-Werft (WFW) über die Lieferung von weiteren U-Booten abgelehnt hatte, begrüßte Beijing diese Entscheidung. Gegenüber der XNA (24.12.83) sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß die chinesische Regierung dies für einen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen China und den

Niederlanden halte. Vor drei Jahren hatten sich die Beziehungen beider Seiten infolge der Zustimmung von Den Haag über die Lieferung von zwei U-Booten an Taiwan verschlechtert. Die Botschafter beider Seiten wurden abberufen. Im November 1983 bestätigte die niederländische Regierung Pressemeldungen über eine weitere Bestellung von U-Booten aus Taiwan (s. C.a. Nov. 1983, S. 679, Ü 45). Mit der neuen Entscheidung, kein weiteres U-Boot an Taiwan zu liefern, legen die Niederländer nun mehr Wert auf ihre diplomatischen Beziehungen zu Beijing als auf ihre wirtschaftlichen Interessen in Taiwan.

Noch kurz bevor die niederländische Regierung die Ablehnung der neuen Bestellung von U-Booten aus Taiwan beschlossen hatte, hatte sie Mitte Dezember 1983 eine vierköpfige Delegation nach Taiwan gesandt, zu der auch der ehemalige stellvertretende Wirtschaftsminister, Willem Dik, Abteilungsleiter für Industrie, und andere hohe Beamte des Wirtschaftsministeriums gehörten, um Möglichkeiten zu ermitteln, den Außenhandel mit Taiwan zu erweitern. Nach der Rückkehr äußerte Dik, daß Taiwan bereit sei, seine Importe aus den Niederlanden jedes Jahr um 40% zu erhöhen, falls die niederländische Regierung die Lieferung von weiteren U-Booten an Taiwan billige (ZYRB, 16.12.83 u. LHB, 21.12.83).

Um die Waffeneinfuhr aus den Niederlanden zu verwirklichen, hatte Taiwan die Bestellungen von U-Booten immer mit anderen Aufträgen gekoppelt. 1980 hatte es neben zwei U-Booten noch Kernkraft- und Flüssiggasanlagen in einem Gesamtwert von über 500 Mio. US\$ bestellt. Bei dem neuen Paket von Aufträgen handelte es sich neben vier U-Booten (es war auch von zwei U-Booten und vier Minenräumbooten die Rede) noch um Elektrizitätswerke und Müllverbrennungsanlagen mit einem Gesamtwert von rund 1 Mrd. US\$.

Nach der Ablehnung des neuen Lieferungsvertrages von U-Booten durch die niederländische Regierung beklagte Bas Sluis, der Firmenchef von WFW, am 23. Dezember in einem Hearing vor dem Parlament, daß dadurch 5.400 Arbeitsplätze gefährdet seien. Am 28. Dezember demonstrierten rund 1.200 Arbeiter vor dem Parlament und forderten die Abgeordneten auf, die Ablehnung der Regierung durch einen Beschluß rückgängig zu machen. Dennoch lehnte das Parlament am gleichen Tag mit einer großen Mehrheit von 80:36 die Lieferung von weiteren U-Booten an Taiwan ebenfalls ab. Andererseits forderte das Parlament aber die Regie-

rung auf, der Werfftirma in Rotterdam finanzielle Hilfe für die Fertigstellung der ersten beiden U-Boote für Taiwan zu geben. Nach Angaben von Bas Sluis hat Taiwan bereits 100 Mio. US\$ von den Gesamtkosten der zuerst bestellten zwei U-Boote in Höhe von 305 Mio. US\$ transferiert.

Die Werft, die zum mittlerweile in Liquidation befindlichen Konzern Rijn-Schelde-Verolme gehörte, hat einen Teil des von Taiwan bezahlten Geldes für andere Zwecke verwendet. Daher ist sie ohne neue Aufträge aus Taiwan oder Finanzhilfe von der Regierung nicht in der Lage, die von Taiwan zunächst bestellten zwei U-Boote fertig zu bauen.

Nach dem Zustandekommen des ersten Waffengeschäfts 1980 herrschte in Taiwan eine "Hollandeuphorie". Vorher hatte Taiwan offiziell nur Waffen aus den USA erwerben können. Die Lieferung von U-Booten aus den Niederlanden wurde auf der Insel als großer Erfolg der sogenannten "substantiellen Diplomatie" oder als Durchbrechung der politischen Isolation Taiwans bewertet. Die Annäherung der Niederlande an Taiwan erreichte mit der Flugverbindung zwischen Amsterdam und Taipei (Taipei) im letzten Frühjahr noch einen neuen Höhepunkt. Mittels der Gelddiplomatie hoffte die Taipeier Regierung, daß die anderen europäischen Staaten dem niederländischen Beispiel folgen würden. Nun hat die Ablehnung der neuen Lieferung von U-Booten durch Den Haag Taiwan wieder eine große Enttäuschung gebracht. Das Verteidigungs- und das Außenministerium in Taipei wollten dazu keinen Kommentar geben. Aus gut unterrichteter Quelle verlautete, daß Taiwan in anderen westlichen Staaten kaum U-Boote werde bestellen können. Offiziell wurde die Notwendigkeit betont, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen (LHB, 25., 29. und 30.12.83; ZYRB, 16.12.83; NZZ, 23.-24.12.83; Financial Times 22.-23.12.83).

-ni-

* (42)

7,5% Wachstum als Ziel des Wirtschaftsplanes 1984

Nach dem am 21. Dezember 1983 von der dem Exekutiv Yuan unterstellten Kommission für Wirtschaftsaufbau revidierten Wirtschaftsplan 1984 wird im kommenden Jahr auf der Insel Taiwan wieder ein relativ hohes Wirtschaftswachstum von 7,5% erwartet. Das Bruttosozialprodukt wird nach dem Plan eine Höhe von 2.236,1 Mrd. NT\$ (40 NT\$=1 US\$) erreichen. Während es in der Landwirtschaft eine Zuwachsrate von nur 0,5% geben soll, zielt die

Industrie auf eine Steigerung von 7,9% und der Dienstleistungssektor auf eine Steigerung von 8% ab. Mit 264,9 Mrd. NT\$ werden die privaten Investitionen gegenüber 1983 nominell um 12,5% (real 8,7%) zunehmen, dagegen sollen die öffentlichen Investitionen nominell um 3,3% (real 6,5%) zurückgehen.

Im Außenhandel liegt das Ziel der Wareneinfuhr mit einer Jahreszuwachsrate von 17,7% bei einem Volumen von 29,4 Mrd. US\$ und das der Wareneinfuhr mit einer Jahreszuwachsrate von 20% bei 24,2 Mrd. US\$. Damit wird die Bilanz einen weiteren verhältnismäßig hohen Exportüberschuß von 5,19 Mrd. US\$ aufweisen.

Ferner wird der Arbeitsmarkt 1984 in dem Wirtschaftsplan günstig dargestellt. Während die Zahl der Arbeitskräfte um 2,3% zunehmen wird, liegt die Steigerungsrate der Arbeitsplätze noch höher, nämlich bei 2,9%. Daher wird die Arbeitslosenquote von 2,7% (1983) auf 2,1% zurückfallen (ZYRB, 22.12.83).

Nach vorläufigen Schätzungen des Statistischen Amtes beim Exekutiv Yuan ist das Bruttosozialprodukt der Insel 1983 mit 1.994,4 Mrd. NT\$ gegenüber dem Vorjahr real um 7,14% (nominell 9,08%) gestiegen. Das Pro-Kopf-Einkommen belief sich mit einer Zuwachsrate von 4,36% gegenüber dem Vorjahr auf 2.444 US\$. 1983 hatte Taiwan darüber hinaus die niedrigste Inflation seit 18 Jahren. Gegenüber dem Vorjahr sind die Verbraucherpreise nur um 1,72% gestiegen, die Großhandelspreise sogar um 0,01% gesunken (ZYRB, 15.12.83).

-ni-

* (43)

Auszeichnung in Beijing für alle übergelaufenen Besatzungen von Flugzeugen der nationalchinesischen Armee

Am 12. Dezember veranstaltete die Luftwaffe der chinesischen VBA eine Versammlung in Beijing, auf der 101 ehemalige Angehörige der Streitkräfte der Guomindang (Kuomintang)-Regierung, die in der Vergangenheit mit ihren Militärflugzeugen zur kommunistischen Seite übergelaufen waren, mit Urkunden ausgezeichnet wurden.

Nach chinesischen Presseberichten sind in den letzten 37 Jahren insgesamt 43 Militärflugzeuge der nationalchinesischen Armee fahnenflüchtig geworden und zum Gegner übergelaufen. Am 26. Juni 1946 flüchtete zum ersten Mal eine Kriegsmaschine vom Typ B-24 mit vierköpfiger Besatzung aus Chengdu, Provinz Sichuan, nach Yanan, wo die Kommunisten damals ihr Hauptquartier hatten. Die große

Fluchtwelle kam im Zeitraum zwischen Ende 1948 und Ende 1949. Innerhalb eines Jahres hat die Guomindang-Regierung, die damals noch auf dem chinesischen Festland war, 24 Militärmaschinen mit 61 Besatzungsmitgliedern an die Kommunisten verloren.

Nach dem Rückzug der Guomindang-Regierung nach Taiwan sind in den fünfziger und sechziger Jahren 25 Angehörige der Luftwaffe mit 15 Flugzeugen von der Insel aus nach dem chinesischen Festland geflüchtet. Am 8. August 1981 landete Major Huang Zhicheng mit einem der modernsten Trainingsflugzeuge Taiwans vom Typ F-5 F auf dem chinesischen Festland. Als bisher letzter ist Major Li Dawei, Pilot des taiwanesischen Heeres, mit einem Propelleraufklärungsflugzeug vom Typ U-6 A über die Taiwan-Straße ins gegnerische Lager geflogen (DGB, 14.12.83).

Wie Taiwan lockt Beijing mit hohen Geldprämien und Beförderungen Deserteure, die mit Waffen von der Gegenseite überlaufen. Huang Zhicheng hat 650.000 RMB (z.Zt. 2 RMB=1 US\$) und Li Dawei 150.000 RMB erhalten. Nach den oben bereits genannten Berichten sind zur Zeit noch 27 ehemalige Angehörige der nationalchinesischen Armee, die mit Flugzeugen zu den Kommunisten desertierten, im Dienst der Luftwaffe der VBA. Drei von ihnen haben Führungspositionen. Liu Shanben, der erste Pilot, der von seiten der Guomindang-Regierung zur kommunistischen Seite desertierte, hatte früher von der kommunistischen Regierung noch den Titel eines Generalmajors erteilt bekommen.

Wie C.a. im Heft November 1983 (S.680 f, Ü 48) berichtete, sind in der Vergangenheit auch drei Kampfmaschinen der VBA nach Taiwan desertiert. Eine andere ist über der Insel abgestürzt. Ferner sind ein ziviles Flugzeug und zwei Kampfmaschinen vom chinesischen Festland aus nach Südkorea geflüchtet, deren Piloten von Taiwan abgeholt wurden. Mit der Tatsache, daß in den letzten 13 Monaten drei Piloten der VBA direkt beziehungsweise indirekt über Südkorea nach Taiwan flohen, hat Taiwan große Propaganda gemacht. Die neue Auszeichnung in Beijing für alle in der Vergangenheit mit Flugzeugen desertierten Angehörigen der nationalchinesischen Streitkräfte diene offenbar als Gegenpropaganda gegenüber Taiwan. Eine weitere Blamage für Taiwan ist es, daß ein Besatzungsmitglied des am 11. November 1965 nach Taiwan geflüchteten Düsenbombers vom Typ IL-28 der VBA, Li Caiwang, über die USA wieder nach China gereist ist. Bei

seiner Landung in Shanghai am 18. Dezember sagte er, daß er vor 18 Jahren die Desertion nicht aus eigenem Willen unternommen habe. Er sei von dem Piloten Li Xianbin zum Mitmachen gezwungen worden. Er, Li Caiwang, der inzwischen in den USA eingebürgert ist, besuchte Verwandte in seiner Heimatprovinz Sichuan (DGB, 21.12.83).
-ni-

*(44)

Taiwan drängte Südkorea zur Freilassung von sechs chinesischen Flugzeugführern

In den letzten zwei Wochen 1983 herrschte auf der Insel Taiwan eine anti-koreanische Stimmung. Anlaß war, daß das Seouler Landgericht am 20. Dezember die Berufung von sechs chinesischen Bürgern gegen das Urteil des Amtsgerichts in der Stadt vom 18. August 1983 zurückgewiesen hat, in dem sie wegen der Entführung eines Passagierflugzeuges der staatlichen Fluggesellschaft der VR China CAAC am 5. Mai 1983 vom chinesischen Festland nach Südkorea zu 4 - 6 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Taiwan betrachtet die Entführer als "Freiheitskämpfer" und verlangt von Anfang an von Südkorea, diese als politische Flüchtlinge freizulassen. Daß die südkoreanische Regierung gleich nach der Flugzeugführung anläßlich der Verhandlung über die Rückführung der gekaperten chinesischen Maschine sowie der Passagiere zum ersten Male offiziellen Kontakt mit Beijing aufgenommen hatte, hatte die diplomatischen Beziehungen zwischen Seoul und Taipei (Taipei) bereits einmal getrübt. Das genannte Urteil der ersten Instanz in Seoul hat im August 1982 wahrscheinlich nur deshalb keine emotionelle Reaktion in Taiwan erregt, weil während der Gerichtsverhandlungen noch ein Kampfflugzeug der VR China vom Typ MiG 21 am 7. August nach Südkorea geflüchtet war und die südkoreanische Regierung ohne weiteres die Übergabe des Piloten an Taiwan versprochen hatte. Sechs Tage nach der Bekanntgabe des Urteils gegen die Flugzeugführer, am 24. August, wurde der desertierte Pilot der chinesischen VBA von Taiwan abgeholt. Außerdem hatte man in der taiwanesischen Öffentlichkeit damals zur Kenntnis genommen, daß das Seouler Amtsgericht unter Berücksichtigung der politischen Motive der Entführer gemäß den koreanischen Gesetzen relativ milde Strafen ausgesprochen hatte. Gegen das Urteil hat der koreanische Staatsanwalt ebenfalls Berufung eingelegt.

Obwohl das Seouler Landesgericht die Berufung des Staatsanwalts wie die der Angeklagten gleichzeitig

abgelehnt und die vom Amtsgericht ausgesprochenen Strafen aufrechterhalten hat, entrüstete sich Taiwan. Das Außenministerium in Taipei hat in einer "ernsten Erklärung" "äußerste Unzufriedenheit" und Bedauern darüber geäußert. In der Presse Taiwans war eine Woche lang eine Kampagne von Kommentaren und Leserbriefen gegen die Fortsetzung der Verhaftungen der sechs "Freiheitskämpfer" in Südkorea entbrannt. Manche forderten den Boykott koreanischer Waren, obwohl der bilaterale Warenaustausch im letzten Jahr einen Anteil von nur rund 1% am Gesamt-außenhandel Taiwans ausmachte und die Bilanz noch einen Überschuß zugunsten Taiwans aufwies. Einige Zeitungen machten sogar den Vorschlag, Botschafter Taiwans in Südkorea abuberufen oder die Beziehungen mit Seoul neu zu prüfen. Ein 42-jähriger Taxifahrer namens Yang Dianjia zerschlug bei der Demonstration vor der südkoreanischen Botschaft in Taipei das Türglas am Haupteingang des Gebäudes mit dem Fuß. Ein Arzt in Taipei lehnte es ab, koreanische Patienten aufzunehmen, und zahlreiche Reisebüros strichen Korea-reisen von ihren Programmen. Auf der Jahrestagung der Nationalversammlung wurde am 28. Dezember ein außerordentlicher Beschluß gefaßt, in dem die Regierung aufgefordert wurde, mit Seoul über eine Freilassung der sechs "antikommunistischen Helden" durch den südkoreanischen Staatspräsidenten zu verhandeln. Andererseits lehnte die Mehrheit der Volksvertreter es aber ab, über einen Vorschlag der oppositionellen Minderheit wegen der Begnadigung des vom Militärgericht zu langer Freiheitsstrafe verurteilten Dissidenten Lin Yixiong durch den eigenen Staatspräsidenten zu diskutieren. Die parteilose Opposition hatte bei verschiedenen Gelegenheiten wiederholt eine Freilassung von Lin gefordert, weil seine Mutter und zwei kleine Töchter vor vier Jahren offenbar aus politischer Rache von Gegnern massakriert worden waren - ein Fall, dessen Umstände immer noch nicht geklärt sind. Die Familientragödie hat die Regierung und die regierungstreuen Abgeordneten bislang nicht so beeindruckt, daß sie für die Freilassung Lins plädiert hätten, obwohl sie ihrerseits den Südkoreanern im Prozeß gegen die "Freiheitskämpfer" die Mißachtung von Menschenrechten vorwarfen.

Mit der Unterstützung Taiwans haben die sechs Flugzeugführer aus der VR China am 26. Dezember Berufung beim höchsten Gericht Südkoreas eingelegt. Trotz des politischen Drucks aus Taiwan ist kaum zu erwarten, daß sie in der dritten Instanz freigesprochen oder ihre Strafen vermindert wer-

den. In seinem Urteil hat das Landgericht in Seoul gesagt, daß die Flugzeugentführer nach den Gesetzen Südkoreas bereits relativ milde Strafen bekommen hätten. Eine weitere Strafermäßigung aus humanistischen Gründen wegen der politischen Motive der Entführer ist nach der Meinung des Landgerichts nur noch durch eine Entscheidung der koreanischen Regierung möglich. Daher hofft Taiwan, daß der koreanische Staatspräsident Chun Doo Hwan infolge seines antikommunistischen Standpunkts die sechs "Freiheitskämpfer" nach der dritten Instanz begnadigen und sie an Taiwan übergeben werde. Zuversichtlich meinte der nationalchinesische Außenminister, Zhu Fulong, vor dem zur Nationalversammlung gehörenden "Ausschuß für die Planung zur Rückeroberung des Festlandes", die "Rückkehr der sechs Helden" nach Taiwan sei Tag für Tag nähergerückt. Die antikoreanische Stimmung in Taiwan zeigte sich als ein von der Regierung gelenkter oder mindestens von ihr gewünschter Druck auf Seoul. Aber ob die südkoreanische Regierung die Entführer und gleichzeitig auch politischen Flüchtlinge begnadigen werde, hängt nicht allein von den Beziehungen Seouls mit Taiwan ab. Wie die Justiz kann und will auch die südkoreanische Regierung sehr wahrscheinlich es nicht auf eine Mißachtung des Völkerrechts und der internationalen Einstellung gegen Flugzeugentführungen im allgemeinen ankommen lassen. Überdies hofft sie nach wie vor auf eine Annäherung an Beijing. Laut Meldung von XNA ist die VR China mit dem Urteil des Berufungsgerichts ebenfalls unzufrieden, weil sie fand, daß die Strafen gegen die sechs Flugzeugentführer den internationalen Verträgen nicht entsprächen (zu dieser Übersicht vgl. ZYRB u. LHB, 20.-27.12.83; XNA, 21.12.83; C.a. Sept. 1983, S.559 f.). -ni-

HONG KONG UND MACAU

* (45)

China verstärkte Verbindung mit Hong Kong

Noch vor der angekündigten Rücknahme der Souveränität Hong Kongs 1997 hat Beijing seit einiger Zeit in der Praxis die Beziehungen zu der britischen Kolonie Schritt für Schritt normalisiert. Nachdem vor kurzem die Soldaten der VBA von der Grenze abgezogen worden waren, hat die chinesische Regierung im November das Grenztor nach Hong Kong auch für inländische Touristen geöffnet, wenn auch dies zunächst nur für die Einwohner der Stadt Guangzhou (Kanton) und einiger Landkreise der Provinz Guang-

dong zutrifft. Reisegenehmigungen für Touristen aus anderen Städten und Kreisen derselben Provinz nach Hong Kong werden ab 1984 folgen. Dazu ist vorläufig der tägliche Übergang auf eine Reisegruppe mit 25 Teilnehmern beschränkt. Eine achttägige Hong Kong-Reise kostet pro Person 2.888 HK\$ (umgerechnet rund DM 1.000.--). Wenn man vier Tage bei Verwandten oder Bekannten wohnen kann, ermäßigen sich die Kosten um 900 HK\$. Nach der Reise müssen alle Reisetilnehmer nach China zurückkehren (DGB Weekly Supplement, englisch, 10.-16.11.83).

Da das Grenztor nach Hong Kong für normale chinesische Bürger seit über drei Jahrzehnten zum ersten Male wieder geöffnet ist, haben sich in den ersten Wochen bereits über 2.000 Personen für eine solche Reise angemeldet. Für sie haben ihre Verwandten beziehungsweise Freunde die Reisegebühren in Hong Kong bezahlt (FAZ, 23.11.83). Ferner hat die chinesische Fluggesellschaft CAAC mit den British Airways vereinbart, die Zahl der Flüge zwischen Hong Kong und Beijing ab 16. Januar 1984 zu erhöhen. Bislang hatte die chinesische Firma fünf Boeing 707 für diese Route eingesetzt (DGB Weekly Supplement, englisch, 29.12.-4.1.84).

Neben der Erleichterung des Reiseverkehrs wurde der Warenaustausch zwischen der VR China und Hong Kong 1983 intensiviert. In den ersten neun Monaten haben sich sowohl die chinesischen Exporte nach Hong Kong als auch Hong Kongs Reexporte nach China um 22% beziehungsweise 28% drastisch gesteigert, beide lagen über der durchschnittlichen Zuwachsrate im Außenhandel von Hong Kong (18%). Damit ist China gleichzeitig der größte Lieferant und der erste Absatzmarkt für Reexportgüter Hong Kongs geworden (DGB, Weekly Supplement, englisch, 17.-23.11.83).

Darüber hinaus hat Beijing seine Investitionen in Hong Kong ebenfalls nachdrücklich erhöht. Das staatliche Chinesische Geldinstitut "Bank of China" baut im Zentrum von Hong Kong ein neues Bürogebäude, das 70 Geschosse aufweist und Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden HK\$ erfordern soll. 70 km nordwestlich von Hong Kong wird auf chinesischer Seite ein Kernkraftwerk mit einer Stromerzeugungskapazität von 1.800.000 kW errichtet. Die Stromerzeugung erfolgt erst ab 1991 und soll mindestens 20 Jahre lang weiterlaufen. 70% der Produktion davon sind für Hong Kong gedacht. An den Investitionen von 4,6 Mrd. US\$ beteiligt sich die chinesische Gesellschaft "Guangdong Nuclear Investment Incorporated" mit 75%

und ein am 5. Dezember neu gegründetes Hong Konger Konsortium mit 25% (DGB, Weekly Supplement, englisch 8.-14.12.83; NZZ, 1.12.83).

Auch in den chinesisch-britischen Verhandlungen über die Zukunft Hong Kongs wurde von einer positiven Entwicklung gesprochen. Denn in dem Communiqué zur 7. Verhandlungsrunde am 7. und 8. Dezember in Beijing ist neben den bislang stereotypischen Ausdrücken von "nützlichen und konstruktiven Gesprächen" auch davon die Rede, daß beide Parteien "einen Rückblick auf die Verhandlungsvorgänge sowie die bisher erzielten Fortschritte" getan hätten. Der Termin der nächsten Runde der Marathonverhandlungen wurde auf den 25. und 26. Januar 1984 festgelegt (DGB, 9.-10.12.83; IHT, 9.12.83). -ni-

* (46)

Kapitalflucht von der Finanzbehörde bestritten

In einem Interview für das US-Magazin "Newsweek" (zitiert nach DGB, Weekly Supplement, engl., 15.-21.12.1983) hat der Finanzminister (Financial Secretary) von Hong Kong, John Bremridge, das weltweit verbreitete Gerücht von einer massiven Kapitalflucht aus der Kolonie infolge der für sie ungewissen Zukunft nach 1997 zurückgewiesen. Er wies darauf hin, daß im Februar 1982 in Hong Kong die Geldanlagen 18 Mrd. US\$ betragen hätten. 1983 habe sich das Volumen auf 28 Mrd. US\$ erhöht. Einschließlich der Deponierungsgesellschaften sei hier ein Wachstum sogar um 12 Mrd. US\$ zu verzeichnen gewesen. Daher meinte Bremridge, Geld ströme Hong Kong zu, fließe nicht von dort weg. Er gab zu, daß es unter den chinesischen Familien in Südostasien gewisse Geldbewegungen gebe. Aber das, wie er meinte, sei in den letzten 30 Jahren immer so gewesen. Im allgemeinen glaubt er, der Geldzufluß nach Hong Kong werde nicht aufhören. Ferner gebe es, so wie er weiterhin sagte, zur Zeit auch keine **dramatische Entwicklung der Situation** bei der Auswanderung. Einige Leute bereiteten zwar Pläne für den Eventualfall vor, aber von Exodus sei jetzt nicht die Rede.

Über die neue Wirtschaftsentwicklung zeigte sich der Finanzminister ebenfalls optimistisch. Er stützte sich dabei auf den positiven Verlauf der Exporte, die niedrige Arbeitslosenquote und die vollen Auftragsbücher der Fabriken. Die einzige Sorge sei, so Bremridge, die immer noch ungenügenden Kapitalinvestitionen in der Kolonie.

-ni-